



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller SPD**

Kinder und Jugendliche in Bayern schützen II – Expertennetzwerke ausbauen, Austausch fördern, Hürden abbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Kinderschutz in Bayern weiterzuentwickeln und den gemeinsamen Austausch aller Experten in diesem Bereich zu fördern und auszubauen. Sie wirkt zudem auf allen Ebenen darauf hin, dass etwaige Hürden im Bereich der Abstimmung untereinander zügig abgebaut werden. Hierfür ist beispielsweise daran zu denken, Vorgaben des Datenschutzes zu prüfen, Rechtsunsicherheiten zu beseitigen sowie den Austausch von Informationen zwischen den Akteuren zu verbessern.

Begründung:

Kinderschutz braucht starke Netze. Es ist daher von zentraler Bedeutung, von Seiten der Politik mit der Schaffung enger und guter Netzwerkverbindungen für effektive interdisziplinäre Kooperationsstrukturen aller beteiligten Institutionen und Professionen unter Einbindung eines neu zu ernennenden Missbrauchsbeauftragten zu sorgen. Eine Grundlage für erfolgreiche Netzwerke ist dabei die gegenseitige Kenntnis über die jeweiligen Zuständigkeiten und Aufgaben, Möglichkeiten und Handlungsgrenzen. Im Bereich des Kinderschutzes sind sie unerlässlich und bilden wichtige Schnittstellen zwischen allen am Kinderschutz beteiligten Akteuren.

Es ist deshalb notwendig, zur Förderung des Informationsaustausches und zur Stärkung eines gemeinsamen Verständnisses und Vorgehens zum Schutz von Kindern und Jugendlichen die im Freistaat bestehenden Netzwerkstrukturen weiter auszubauen. Um eine umfassende und professionelle Präventionsarbeit und Strafverfolgung zu gewährleisten, müssen insbesondere Mechanismen zum frühzeitigen Erkennen der Taten und die Weitergabe der Informationen sichergestellt sein. Hierbei kommen unter anderem Jugendämtern, Schulen, Kindergärten, Ärzten, der Polizei wie auch zahlreichen Akteuren im ehrenamtlichen bzw. kirchlichen Bereich bei der Erkennung und Prävention zentrale Bedeutung zu, deren Vernetzung weiter gefördert werden muss.

Ziel muss es sein, solchen Netzwerken starke und effektive Strukturen als Basis ihrer Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen solcher Netzwerkstrukturen soll die Staatsregierung daher auf den Abbau von Hürden unter anderem in Fragen des Informations- und Datenaustausches zwischen Behörden und sonstigen Institutionen, des Aufbaus und der Strukturierung von Informationswegen und zur Konzeption gemeinsamer Aus- und Weiterbildungsformate hinwirken. Auf allen Ebenen soll sie des Weiteren dafür eintreten, etwaige Hürden abzubauen und Kommunikationslücken zu schließen, die dem entgegenstehen. Dies alles soll dazu beitragen, dass sich die Akteure noch stärker als Verantwortungsgemeinschaft sehen und auch über Bayern hinaus zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes beitragen.